

Die Initiativen des ABBD fordern eine gesetzliche Definition und Standardisierung einer echten Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe!		
frühzeitige Einbindung	klare und verständliche Informationen	fachliche Unterstützung
offene Kommunikation und Dialog	ausreichend Zeit und Ressourcen	rechtsverbindliche Vereinbarungen

Öffentlichkeitsbeteiligung als Mogelpackung - ABBD bezieht Stellung zur Bürgerbeteiligung

Zurzeit gesetzlich verankert als Soll - aber nicht als Muss!

Der betroffenen Öffentlichkeit soll Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben werden. Viele unbestimmte Begriffe sorgen dafür, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung ein Format bleibt, das sich der Bund und seine sogenannten Vorhabenträger zurechtstutzen können. Die Arme der Öffentlichkeit sind dementsprechend kurz.

Der Bock als Gärtner

Das Prinzipal-Agent-Problem beschreibt das Problem der asymmetrischen Informationsverteilung zwischen Prinzipal = Auftraggeber, hier die Politik, und Agent = Auftragnehmer, hier die DB Netz AG. Das Problem besteht darin, dass der Politik gegenüber die DB-Netz AG fachlich und thematisch immer einen Informations- und Wissensvorsprung besitzt. Dieser Informationsvorsprung wird vom Auftragnehmer meistens zu Ungunsten des Auftraggebers ausgenutzt, um den eigenen Gewinn oder den Einflussbereich zu maximieren! Das liegt häufig nicht im Interesse der Gesellschaft. In diesem Spannungsfeld ist eine Bürgerbeteiligung für eine gerechte und optimierte Lösungsfindung unerlässlich.



Öffentlichkeitsbeteiligung neu denken – denkste

Niemand stellt den Sinn einer hochwertigen Bürgerbeteiligung in Frage. Aber es mangelt an der Umsetzung. Das Verkehrsministerium hat in mühevoller Arbeit ein Handbuch mit Verbesserungsvorschlägen erstellt, die sich abermals an der mauen Gesetzeslage ausrichten. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Wir als Teil der Gesellschaft

Im Sinne des Gemeinwohls sollten wir den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine eindeutig definierte, umfassende und rechtssichere Form der Bürgerbeteiligung zur Verfügung stellen.

Bürger als Dummköpfe abservieren - Schluss damit!

Bürgerinnen und Bürger dürfen wählen gehen, sich über die Medien informieren und können nicht verhindern, dass der Staat durch eine aufgeblähte Bürokratie schlechte, langsame oder sogar korrupte Entscheidungen fällt. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger in einer Partei engagieren, können starke parteipolitische Machtverhältnisse dennoch Diskussionen und Entscheidungen auf allen Ebenen beeinflussen. Die Gründung einer Bürgerinitiative führt zu keiner nennenswerten Kommunikation mit der Politik, zu oft werden aktive Initiativen als nervend betrachtet und auf Abstand gehalten. Die gesetzlich geregelte Öffentlichkeitsbeteiligung bei besonderen Themen oder Projekten ist so vage gestaltet, dass sie den Begriff „Beteiligung“ eigentlich nur streift. All dies zusammen genommen macht deutlich, dass eine Bürgerbeteiligung in einer klar definierten, umfassenden und rechtssicheren Form entwickelt werden muss.

Bürgerbeteiligung – Kommunikation vom Feinsten

Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgerinitiativen spielen die Hauptrolle bei einer Bürgerbeteiligung. Sie bringen ein breites Spektrum an Erfahrungen, Ideen und neuen Aspekte aus den verschiedensten Bereichen ein, die möglicherweise sonst nicht berücksichtigt werden. Sie nehmen eine konstruktive und aktive Rolle bei der Lösungsfindung ein. Die Beteiligung der Bürger führt zu neuen Perspektiven und Lösungsansätzen und somit zu einem besseren und effektiveren Ergebnis. Es ist wichtig, dass Bürger und Initiativen mit ihren Positionen ernst genommen werden und dass ein wahrer Dialog auf Augenhöhe stattfindet. Transparenz und die Bereitschaft zuzuhören sind ebenfalls von zentraler Bedeutung und schaffen Vertrauen. Letztendlich müssen die Bürgerbeteiligung und damit der Dialog mit der Politik und ihren Vertretern (Vorhabenträger), wie zum Beispiel die Deutsche Bahn, dem Gemeinwohl dienen. Alle Interessengruppen müssen darauf hinarbeiten, eine konstruktive und zufriedenstellende Lösung zu finden.

Bürgerbeteiligung vom Feinsten führt zur Akzeptanz und Beschleunigung von Vorhaben, wodurch Konflikte und Klagen vermieden werden können.

Bürgerbeteiligung statt Politikverdrossenheit

Die Frustration der Bürgerinnen und Bürger bei Öffentlichkeitsbeteiligungen, wie etwa bei Bahn-Großprojekten, ist sehr verständlich. Es gibt keine Möglichkeit, Einfluss auf die Planungen zu nehmen. Damit muss Schluss sein! Erfolgreiche Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe erfordert ein Umdenken. Nach Jahrzehnten des Redens müssen nun Taten folgen.



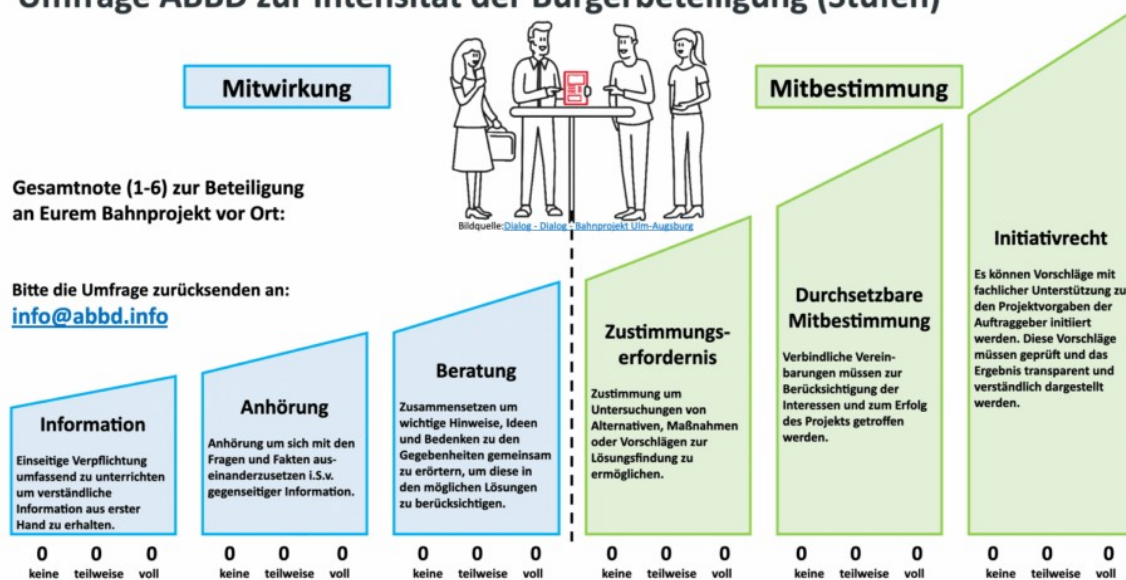
Wir fordern

- eine **gesetzliche Definition und Standardisierung** der Art und Weise der Bürgerbeteiligung! Damit wird sichergestellt, dass alle Bürgerbeteiligungen auf dem gleichen hohem Qualitätsniveau und mit Rechtssicherheit durchgeführt werden. Auf diese Weise wird echte Bürgerbeteiligung möglich. Bundesweite Auswirkungen müssen eine bundesweite Bürgerbeteiligung erfordern (Bundesverkehrswegeplan, Zielfahrplan Deutschlandtakt) – regionale Projekte (Bahn-Großprojekte) müssen entsprechend regional durchgeführt werden.
- die **frühzeitige Einbindung** der Bürgerinnen und Bürger. Die Bürger müssen von Beginn der Grundlagenermittlungen an einbezogen werden, um von Anfang an Transparenz zu gewährleisten. Dabei ist es wichtig, dass die Bürger in der Lage sind, ihre Ideen und Vorschläge einzubringen. Andererseits muss auf die Vorschläge eine ernsthafte Diskussion und fachliche Prüfung folgen.
- **klare und verständliche Informationen.** Umfassende Informationen oder Unterlagen über das Projekt müssen den Bürgern zur Verfügung stehen und verständlich aufbereitet sein (Statistiken, Zahlen, Gutachten, Daten). Diese Unterlagen müssen auch bei späteren Nachfragen transparent dargestellt werden. Den Bürgerbeteiligten muss ein Mentor der Wahl zur Seite gestellt werden, der eine Wissenslücke ausgleicht und so eine echte Augenhöhe ermöglicht.

- **fachliche Unterstützung.**
Im Rahmen der Bürgerbeteiligung muss die Möglichkeit bestehen, Experten zu konsultieren, um Ideen, Bedenken oder Vorschläge auf eine fachlich fundierte Basis zu stellen.
- **offene Kommunikation und Dialog.**
Eine offene Kommunikation zwischen den Vorhabenträgern und den Bürgerbeteiligten ist entscheidend, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern. Das bedeutet, dass Kontroversen sofort ausgesprochen und geklärt werden. Es bedeutet auch, dass taktische Verschwiegenheit zu unterlassen ist. Direkte Gespräch mit allen Beteiligten vor Ort ist dafür unerlässlich, Online-Sitzungen sind Notfall-Lösungen. Der Bürgerdialog muss von einer unabhängigen Moderation begleitet werden.
- **ausreichend Zeit und Ressourcen.**
Zeit ist Geld. Dennoch ist eine Bürgerbeteiligung eine Investition in den Erfolg des Projekts. Dazu gehört auch die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit (z.B. Bahnticket für die Anreise).
- **rechtsverbindliche Vereinbarungen.**
Die Vorhabenträger und Bürgerbeteiligten müssen rechtsverbindliche Vereinbarungen erzielen. Damit wird sichergestellt, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung auch wirklich berücksichtigt werden. Falls erforderlich, muss ein vom Vorhabenträger finanziertes Schlichtungsverfahren eingeleitet werden.

Eine aktuelle Umfrage innerhalb des Aktionsbündnisses hat ergeben, dass die DB Netz AG bei ihren Dialogforen im Durchschnitt die Schulnote 5 minus für die Bürgerbeteiligung der Bürgerinitiativen erhält. Die im ABBD vernetzten Bürgerinitiativen der Bahn-Großprojekte zur festen Fehmarnbeltquerung, Alpha-E (Hamburg-Hannover), Hannover-Bielefeld, Ulm-Augsburg sowie zum Brennernordzulauf kritisieren die aktuellen Verfahren scharf. Informationen über die Projekte werden nicht vollständig zur Verfügung gestellt, Anhörungen finden nur teilweise und Beratungen finden nur ganz vereinzelt statt. Von Zustimmungserfordernissen, durchsetzbaren Mitbestimmungsrechten oder Initiativrechten zur Überprüfung der Projektvorgaben kann keine Rede sein!

Umfrage ABBD zur Intensität der Bürgerbeteiligung (Stufen)



Verfasser
Claudia Grimm, Pro-Ausbau
Stefanie Rothenstein, Initiative WiduLand e.V.
Jürgen Zimmermann, Bürgerinitiative Schwabentrasse e.V.
April 2023

